



1 - Zentrale Aufgaben und Finanzen  
24.03.2011  
Az.: 1-002-13/vm

Alzey, den

**N i e d e r s c h r i f t**

Nr. der Sitzung: **7**

Wahlperiode: **2009 - 2014**

Gremium: **Kreistag**

**Öffentlich**

Sitzungsdatum: **22.09.2010**

Uhrzeit: **15.00 – 17.00 Uhr**

Sitzungsort: **Kreisverwaltung, Sitzungsräume 119/120**

**Anwesenheitsliste**

<b>Vorsitzender</b>			
Landrat Görisch			
<b>Kreisbeigeordnete</b>	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
Seebald, Gerhard, Wörrstadt	1-12		
Mehring, Klaus, Osthofen	1-12		
Erbes, Heribert, Spiesheim		X	
<b>Mitglieder des Kreistages</b>	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
<b>SPD-Fraktion</b>			
Anklam-Trapp, Kathrin, MdL, Monsheim	1-12		
Beiser-Hübner, Ute, Flonheim	1-12		
Bothe, Ralph, Flörsheim-Dalsheim	1-12 (ab 15.10 Uhr)		
Dexheimer, Jutta, Flonheim	1-12		
Hagemann, Klaus, MdB, Osthofen	1-6 (n. B.)		
Kiefer, Gerhard, Eich		X	
Kleinfelder, Ingo, Wörrstadt	1-12		
Lenges, Franz-Josef, Eckelsheim	1-12		
Müller, Bernd, Osthofen	1-12		
Piegacki, Hans-Jürgen, Wöllstein	1-12		
Rocker, Gerd, Wendelsheim	1-12		
Sippel, Heiko, MdL, Alzey	1-12		
Sommer-Kundel, Nicole, Alzey	1- 12		
Steinmann, Werner, Alzey	1-12 (ab 15.10 Uhr)		
Westphal, Bernd, Gau-Odernheim	1-12		
Willius, Klaus, Eich	1-12		
<b>CDU-Fraktion</b>			
Blüm, Gerhard, Gundheim	1-12		
Burkhard, Christoph, Alzey		X	
Conrad, Markus, Armsheim	1-12		
Hirschel-Urnauer, Irmgard		X	
Hoffmann, Wolfgang, Alsheim		X	
Knierim, Hans-Peter, Osthofen	1-12		
Metzler, Jan, Dittelsheim-Heßloch	4-12 (ab 16.25 Uhr)		
Müller, Christine, Eich	1-12		
Müller, Lucia, Wöllstein	1-12		
Pauser, Eva, Flonheim		X	
Schnabel, Heinz-Hermann, MdL, Erbes-Büdesch.		X	
Spies, Karl, Saulheim	1-12		
Tauscher, Dr. Ludwig, Alzey	1-12		
Wagner, Walter, Westhofen	1-12		

<b>Fortsetzung Mitglieder des Kreistages</b>	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
<b>FDP-Fraktion</b>			
Geil, Heinz-Ulrich, Monzernheim	1-12		
Lind, Ulrich, Gau-Odernheim	1-12		
Maak, Dr. Dirk, Wöllstein	1-12		
Merkel, Klaus, Alsheim	1-12		
<b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b>			
Becker, Klaus, Bornheim		X	
Gülchre, Kemal, Alzey	1-12		
Kolb-Noack, Elisabeth, Dittelsheim-Heßloch	1-12		
Thörle, Birgit, Saulheim	1-12		
<b>FWG-Fraktion</b>			
Busch, Wilfried, Kettenheim	1-12		
Erbeldinger, Helmut, Dittelsheim-Heßloch		X	
Hinkel, Manfred, Alzey	1-12		
Klenk-Kaufmann, Ute, Eppelsheim	1-12		
Schnitzspan, Hildegard, Alzey	1-12		
Schwehm, Wolfgang, Alzey	1-12		
<b>Die Linke</b>			
Heimann, Hanno David, Monsheim		X	
<b>NPD</b>			
Acker, Klaus, Bechthelm	1-12		

<b>Kreisverwaltung</b>	
Reg. Dir. Linkerhägner	KA Maurer
KVDin Emrich	KA Michel
BauDir. Dr. Schmitt	VA Marter
OAR Rauschkolb	VA Nuss
OAR Straus	VA Schulze
ARin Mann	VA Stier
KA Frey	VA Sussmann

<b>Gäste</b>
Hr. Stutz, Sozialverband Worms-Wonnegau

<b>Schriftführerin</b>
VfA Renz

(n. B.= nach Beschlussfassung)

**Landrat Görisch** eröffnete die Sitzung um 15.00 Uhr, begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einberufung mit Einladung vom 09.09.2010, die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung am 17.09.2010 sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Die Tagesordnung wurde mit Schreiben vom 15.09.2010 innerhalb der Einladungsfrist um TOP 8 „K35/K37 OD Mörstadt“ (öffentlicher Teil) und TOP 11 „Personalangelegenheiten“ (nichtöffentlicher Teil) ergänzt, die Beratungs-/Beschlussvorlagen waren beigelegt.

Er teilte mit, dass sich Frau Marx (Schriftführerin) in Urlaub befände und bestellte daher Frau Renz als Schriftführerin für die heutige Sitzung.

Sodann machte er auf die per Tischvorlage überlassenen Unterlagen aufmerksam:

- Jahresbericht 2009 der Sparkasse Worms-Alzey-Ried
- Heft 45 der Schriftenreihe des Landkreistages Rheinland-Pfalz (64. Hauptversammlung in Wörrstadt)
- Einladung Zukunftskonferenz
- Einladung der Musikschule „Cinephonics“

Änderungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Somit geltende

### **T a g e s o r d n u n g**

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Drucksachen-</u> <u>nummer</u>
	<b><u>Öffentlicher Teil</u></b>	
-	Einwohnerfragestunde	
1	Bericht der Gleichstellungsbeauftragten und Frauenförderplan	148/2010
2	Einrichtung eines Behindertenbeirates - Antrag der Kreistagsfraktionen von SPD, FWG und FDP	149/2010
3	Entsorgung von Energiesparlampen - Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	150/2010
4	Künftige Raumplanung in kreiseigenen Mensen - Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	151/2010
5	Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen für Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen im Landkreis Alzey-Worms vom 07.10.2005 in der geänderten Fassung vom 25.09.2007 Aussetzen der Anwendung - Beschlussfassung	104/2010/1
6	Neufassung des Sportstättenrahmenleitplanes für den Landkreis Alzey-Worms - Beschlussfassung	105/2010/1

- |                                      |   |            |
|--------------------------------------|---|------------|
| 7                                    | Änderung der „Regelung über die Erhebung von Teilnahmebeiträgen der Kreisvolkshochschule Alzey-Worms“<br>- Beschlussfassung                                       | 106/2010/1 |
| 8                                    | K 35 / K 37 Ortsdurchfahrt Mörstadt<br>Pflastersanierung<br>- Beschlussfassung  | 152/2010   |
| 9                                    | Mitteilungen und Anfragen   |            |
| <b><u>Nichtöffentlicher Teil</u></b> |   |            |
| 10                                   | Ersatzbeschaffung eines Traktors für die Gustav-Heinemann-Realschule plus<br>Auftragsvergabe und Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe<br>- Beschlussfassung | 142/2010/1 |
| 11                                   | Personalangelegenheiten<br>Befristete Einstellung bei der Kreismusikschule<br>- Beschlussfassung  | 153/2010   |
| 12                                   | Mitteilungen und Anfragen   |            |

### **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

<b>Tagesordnungspunkt: 1</b>
------------------------------

<b>Drucksachenummer: 148/2010</b>
-----------------------------------

Bericht der Gleichstellungsbeauftragten und Frauenförderplan

#### **Vorlagetext:**

*Anlagen 1 und 2 der Originalniederschrift:  
Erfahrungsbericht der Gleichstellungsbeauftragten und  
Frauenförderplan für die Kreisverwaltung Alzey-Worms*

**Landrat Görisch** begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Nuß, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Alzey-Worms. Er dankte Frau Nuß und Frau Marter sowie allen Beteiligten für die geleistete Arbeit.

Laut Frauenförderplan sollten Frauen bei mindestens gleicher Leistung in den Bereichen bevorzugt eingestellt werden, in denen sie mit weniger als 50% vertreten seien. Bei hausinternen Besetzungen und Beförderungen gehe die Erhöhung des Frauenanteils jedoch nur in „kleinen Schritten“ voran. Bei der Kreisverwaltung betreffe dies die Führungspositionen. Da die Kreisverwaltung nur wenige Stellen ausschreibe, sei der Frauenanteil in Führungspositionen sehr gering.

Schon vor Einführung des LGG sei die Gleichstellungsbeauftragte an Personalentscheidungen beteiligt gewesen. Die Zusammenarbeit mit dem Personalrat funktioniere auch heute noch reibungslos. Zudem sei sie Mitglied der Bewertungskommission und beratendes Mitglied der Entgeltkommission, die die Dienstvereinbarung nach dem TVöD erarbeite.

Einmal im Jahr finde gemeinsam mit der Stadt Alzey und der VG Alzey-Land eine Mitarbeiterinnenversammlung statt. Seit 2008 habe man zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf innerhalb der Ferienzeit eine Ferienbetreuung für die Kinder der Mitarbeiter organisiert. Um effektiv arbeiten zu können, sei man stets um Kooperationen sowie Zuschüsse und Fördermittel bemüht.

Ihre Veranstaltungen seien dem Bericht unter „Themen von A-Z“ zu entnehmen, woraus sich die Aufgabenvielfalt der Gleichstellungsbeauftragten ergebe. Sie machte deutlich, dass ihre Arbeit nicht nur auf die Beratung von Frauen reduziert werden könne. Der Bereich Gewalt in engen sozialen Beziehungen sei ein sehr wichtiges Betätigungsfeld. In Kreis habe dieses Thema einen hohen Stellenwert. Hierzu habe man einen „runden Tisch“ installiert, der landesweit arbeite und einen Zusammenschluss all derer bilde, die in diesem Themenbereich arbeiten würden (z. B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Beratungsstellen, Ordnungsämter und viele weitere Hilfsangebote). Die Aufgabe der Gleichstellungsstelle sei die Koordination und Organisation dieser Arbeit. Hierzu fände jährlich eine „Rossmarktaktion“ statt, dieses Jahr mit dem Thema „Gewalt kommt uns nicht in die Tüte“.

Auf S. 5 seien wichtige Etappen auf dem Weg zur Gleichberechtigung dargestellt.

Sodann informierte sie über den geplanten Ausbau einiger Projekte. Dazu gehöre u. a. das Thema „Mädchen und Berufswahl“. Sowohl beim Mädchenzimmer bei der Berufsinformationsmesse als auch bei der Beteiligung am bundesweiten Girls' Day ginge es um die Erweiterung des Berufswahlspektrums für Mädchen, die Vermittlung von Praktikumsplätzen und die Motivation, Neues und Ungewohntes auszuprobieren.

Wie auf S. 24 des Berichts dargestellt, habe sich die Veranstaltungsreihe „Frauen in Aktion“ sehr gut etabliert. Sodann ging sie auf die Veranstaltungsreihe „Kommunalpolitik ist Frauensache“ ein. In diesem Zusammenhang informierte sie über den Frauenanteil in der Politik im Landkreis Alzey-Worms.

Sie resümierte, dass in den letzten 20 Jahren große Fortschritte im Bereich der Gleichberechtigung gemacht wurden. Dennoch stelle u. a. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer noch ein großes Problem dar, an dem gearbeitet werden müsse. Abschließend dankte sie allen Mitstreiterinnen und Wegbegleitern, die ihre Arbeit auch schon in den vergangenen Jahren hervorragend unterstützt hätten.

**Kreistagsmitglied Dexheimer (SPD)** dankte Frau Nuß im Namen ihrer Fraktion für den vorgelegten Erfahrungsbericht. Seit 23 Jahren werde seitens des Frauenbüros gute und kompetente Arbeit geleistet, weshalb man auf stattliche Erfolge zurück blicken könne. Die im vorliegenden Bericht dargestellten unterschiedlichen Entwicklungen und Vergleiche würden sehr gut verdeutlichen, was in den vergangenen 23 Jahren erreicht worden sei.

Im Bereich Trennung und Scheidung werde im vorliegenden Bericht sehr gut die Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen beschrieben und auf zukünftige Probleme, auch aufgrund steigender Fallzahlen, hingewiesen. Hinzu kämen politische Entscheidungen, wie die Novellierung des Unterhaltsrechts aus 2008 und die Beschlüsse des Europäischen Gerichtshofes und des Bundesverfassungsgerichtes zur Stärkung der Rechte unverheirateter Väter, was mit mehr Beratungsbedarf verbunden sei.

Im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf könne man im Landkreis eine positive Entwicklung aufgrund der Kindertageseinrichtungen verzeichnen. Die Kindertagesstättenlandschaft habe sich erheblich verbessert, es gäbe immer mehr Ganztagsangebote und flexiblere Öffnungszeiten. Die Betreuung von Kindern unter drei Jahren stelle hohe Herausforderungen an die Träger und Politiker. Der erst kürzlich in Kraft getretene Rechtsanspruch für zweijährige Kinder im Kreis könne weitestgehend umgesetzt werden. Die Herausforderung für 2013 hinsichtlich des Rechtsanspruchs für alle einjährigen Kinder sei groß und müsse im Kreis unter Mithilfe aller Beteiligten umgesetzt werden, um junge Familien zu unterstützen.

Die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetz (LGG) sei innerhalb der Kreisverwaltung als vorbildlich zu bezeichnen.

Die fünfte Fortschreibung des Frauenförderplanes sage aus, dass die Umsetzung maßvoll weiterbetrieben werde, es jedoch oft schwierig sei, aufgrund der Gegebenheiten der Personalstruktur der Verwaltung bei anstehenden Beförderungen entsprechende Mitarbeiterinnen zu berücksichtigen. Positiv zu bewerten sei, dass mehr unterstützende Angebote wie entsprechende Fortbildungen, Mitarbeiterinnenversammlung, Qualifizierungsmaßnahmen oder auch die Ferienbetreuung von Kindern angeboten würden. Sie dankte Frau Nuß und Frau Marter für ihr Engagement und die erfolgreiche Arbeit und wünschte ihnen weiterhin viel Glück.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Tauscher (CDU)** dankte Frau Nuß und Frau Marter im Namen seiner Fraktion für den Erfahrungsbericht und die geleistete Arbeit.

Die Bewerber- und Einstellungsstatistik des Kreises zeige, dass nur bei den Auszubildenden bzw. den Anwärtern, bei Teilzeitbeschäftigten und niedrig bewerteten Stellen vornehmlich Frauen eingestellt worden seien. In diesem Bereich seien die Quoten teilweise schon erreicht, bei den höher bewerteten Stellen sei dies jedoch nicht der Fall. Dies zeige sich auch bei der Besetzung des Kreistages bzw. der im Kreis befindlichen Stadt- und Verbandsgemeinderäte. Man erreiche in keinem Falle eine Frauenquote von 30 %. Es sei deshalb umso wichtiger, dass über Fördermaßen und gesetzliche Rahmenbedingungen Nachteile von Frauen beseitigt würden und auch entsprechende Netzwerke notwendig seien, um dies zu stützen und auch zu steigern.

**Mitglied Klenk-Kaufmann (FWG)** rühmte die erfolgreiche und engagierte Arbeit von Frau Nuß. Die Vielfältigkeit der Themen von A bis Z habe man gut veranschaulicht. Man erkenne das Aufgabenspektrum, denen sich die Verantwortlichen stellen würden. Dies alles könne nur mit einer guten Kommunikation und Kooperation funktionieren. So verdanke man es auch der Umsicht der Verantwortlichen, dass Förderungen, Zuschüsse und Fördermittel für die sinnvolle Arbeit in Sachen Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit von Frauen und Männern ausgeschöpft würden. Die Bedeutung einer gesellschaftlichen Weiterentwicklung sei unumstritten. Die Netzwerke aus vielen Gruppen, Verbänden und Organisationen aus allen Lebensbereichen seien ganz besonders wertvoll.

Mit den Veranstaltungen „Frauen in Aktion“ werde ein breit gefächertes, interessantes, sehr kreatives Jahresprogramm organisiert. Es fände im ganzen Kreisgebiet und auch über die Kreisgrenzen hinaus große Resonanz. Sehr erwähnenswert sei auch der Aktionstag auf dem Alzeyer Rossmarkt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen. Auch der Girl's Day und der Berufsparcours als wichtiges Veranstaltungsangebot für Jugendliche seien hervorzuheben.

Es werde eine Politik benötigt, die nicht einseitig Risiken für Frauen mit sich bringe, wie z. B. das Unterhaltsrecht und Scheidungsgesetzgebung. Sie dankte im Namen der FWG-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen des Frauenbüros und wünschte weiterhin viel Freude und Kraft für alle weiteren Schritte.

**Fraktionsvorsitzende Kolb-Noack (Bündnis 90/Die Grünen)** dankte Frau Nuß für den Erfahrungsbericht und ihre geleistete Arbeit. Die Arbeit des Frauenbüros zeichne sich durch Zuverlässigkeit und Beständigkeit aus. In der gehobenen Ausbildung sei man im Hinblick auf den Anteil von Frauen in Führungspositionen weit von 50 % entfernt. Die Gründe hierfür seien vielfältig und könnten nicht durch den Kreis gelöst werden.

Die Gewalt in engen sozialen Beziehungen habe sich nicht gesteigert, sie werde lediglich in der Gesellschaft nicht mehr tabuisiert. Sie werde vielmehr thematisiert, indem sich Opfer zu Wort melden und nach Hilfe suchen würden. Im Jugendamt sehe man dies an den steigenden Fallzahlen. Deshalb sei Handlungsbedarf notwendig, der nicht allein mit einem runden Tisch bewältigt werden könne. In anderen Landkreisen gäbe es Modelle, in denen Frauenhäuser von jeder einzelnen Gemeinde mitfinanziert würden. Dies habe zur Folge, dass diese besser ausgestattet seien und hierdurch professionelle und langfristige Hilfe angeboten werden könne.

Auch **Fraktionsvorsitzender Lind (FDP)** zeigte sich von der Entwicklung und Leistung von Frau Nuss und Frau Marter beeindruckt und dankte Ihnen herzlich hierfür. Er resümierte abschließend, dass ein langer Atem benötigt werde, um zum gewünschten Erfolg zu kommen. Man dürfe nicht nachlassen daran zu arbeiten.

**Landrat Görisch** bedankte sich abschließend nochmals bei Frau Nuss und wünschte ihr und ihren Mitarbeiterinnen weiterhin viel Erfolg.

**Ergebnis:**

Der Kreistag nimmt den Bericht der Gleichstellungsbeauftragten und den Frauenförderplan zustimmend zur Kenntnis.

**Tagesordnungspunkt: 2**

**Drucksachenummer: 149/2010**

Einrichtung eines Behindertenbeirates  
Antrag der Kreistagsfraktionen von SPD, FWG und FDP

**Vorlagetext:**

*Anlage 3 der Originalniederschrift:*

*Gemeinsamer Antrag der SPD/FWG/FDP-Fraktionen im Kreistag Alzey-Worms*

**Kreistagsmitglied Anklam-Trapp (SPD)** führte aus, dass die UN-Konvention über die Förderung der Rechte und die Würde von Menschen mit Behinderungen fortgeschrieben worden sei. Der Rat der Europäischen Union habe im November 2009 entschieden, dieses Menschenrechtsabkommen aufzunehmen. Die Bundesrepublik Deutschland habe es 2009 bereits ratifiziert. Rheinland-Pfalz habe im April dieses Jahres einen Aktionsplan hierzu umgesetzt. Im Kreis wolle man mit diesem Antrag eine umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verwirklichen. Der Behindertenbeirat solle zu allen Angelegenheiten, welche die Belange der behinderten Einwohner des Kreises berühren würden, gehört werden. Hierzu gehöre beispielsweise die Teilhabe behinderter Menschen in allen Lebensbereichen oder die barrierefreie Gestaltung von baulichen Anlagen, Verkehrsmitteln oder Informationsquellen. Derzeit gäbe es im Land Rheinland-Pfalz 47 Behindertenbeauftragte, 19 Behindertenbeiräte und vergleichbare Arbeitskreise.

Das Gremium solle in seiner fachlichen Arbeit unterstützt werden. Eine noch auszuarbeitende Satzung solle dem Kreistag noch vorgelegt werden.



**Fraktionsvorsitzender Dr. Tauscher (CDU)** merkt an, dass die CDU-Kreistagsfraktion den Antrag zur Einrichtung eines Behindertenbeitrages uneingeschränkt unterstütze. Die Satzung solle so gestaltet werden, dass die Verbände und Vereinigungen sachkundige Personen in diesen Beirat entsenden können.

**Kreistagsmitglied Acker (NPD)** teilte mit, dass dies prinzipiell ein guter Antrag sei, jedoch solle man alle politischen Institutionen mit einbinden, auch Die Linken und die NPD.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen kommunalen Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung (Behindertenbeirat) einzurichten und eine dem Kreistag zum Beschluss vorzulegende Satzung über das neu zu bildende Gremium auszuarbeiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

**Tagesordnungspunkt: 3**

**Drucksachenummer: 150/2010**

Entsorgung von Energiesparlampen  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Vorlagetext:**

*Anlage 4 der Originalniederschrift:  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen*

- Spezielle Sammelbehälter auf allen Wertstoffhöfen und in den Bürgerbüros im Landkreis und in Alzey aufzustellen, in denen defekte Energiesparlampen gesammelt und einem Recycling zugeführt werden können. Mit einem ähnlichen System wurden zu Beginn der 90er die Rücklaufquoten für Altbatterien drastisch erhöht.
- Zusätzlich zur Kreis-Umweltzeitung soll auf der Internetseite des Kreises eine Infoseite mit Umwelttipps und Entsorgungsmöglichkeiten eingerichtet werden.

Stellungnahme der Verwaltung

1. Entsorgung von Energiesparlampen

Für die Abgabe von Energiesparlampen durch Privatpersonen sind folgende feste Abgabestellen in unserem Landkreis eingerichtet:

1. Betriebshof der Fa. Müll Hinkel, Alzey
2. Kreismülldeponie Framersheim
3. Wertstoffhof Monsheim

Diese kann man im Internet unter [www.lightcycle.de](http://www.lightcycle.de) aufrufen.

Diese festen Sammelstellen werden ergänzt durch die mobile Sammlung über das Problemmüllauto. Das hält einmal monatlich samstags in zentralen Gemeinden und zusätzlich zweimal jährlich in jeder Ortschaft des Kreises.

Die Verwaltung prüft zur Zeit die Möglichkeit, auf den Wertstoffhöfen zusätzliche Sammelstellen einzurichten. Anregungen hierzu gingen bereits mündlich durch den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Kiefer, und Herrn Kreisbeigeordneten Mehring (FWG) ein.

Die Sammlung muss so erfolgen, dass möglichst wenig Glasbruch entsteht, die Altlampen müssen vor Feuchtigkeit geschützt werden und auch weitere Rahmenbedingungen bezüglich der Sicherheit der Wertstoffhofbetreuer sowie der Qualität der Sammlung müssen beachtet werden. Der Verwaltung liegt ein Angebot vor, welches die Bereitstellung geeigneter Sammelgefäße sowie die Abholung und Verwertung der Altlampen beinhaltet. Danach würden schätzungsweise zwischen 2000 € und 3000 € im Jahr an Kosten für die Sammlung und Entsorgung in den Wertstoffhöfen sowie den Verbandsgemeinde- und Stadtverwaltungen des Landkreises anfallen. Es handelt sich hierbei um eine grobe Schätzung, da der Preis vor allem von der Sammelmenge abhängt und diese nur schwer vorhergesagt werden kann.

## 2. Öffentlichkeitsarbeit

Auf der Internetseite des Kreises wird unter der Rubrik „Abfallwirtschaft“ über die Entsorgungsmöglichkeiten verschiedenster Abfälle informiert. Diese Seiten werden bei Bedarf, zum Beispiel bei einer Einrichtung der Sammlung von Alt-Energiesparlampen in den Wertstoffhöfen, ergänzt.

**Landrat Görisch** wies darauf hin, dass dieses Anliegen bereits auch schon von Herrn Kreisbeigeordneten Mehring und Herrn Kiefer an die Verwaltung heran getragen worden sei.

**Mitglied Thörle (Bündnis 90/ Die Grünen)** berichtete, dass Sinn und Zweck dieses Antrages sei, eine dichtere Entsorgungsmöglichkeit für ausgediente Energiesparlampen anzubieten, die Rücklaufquoten zu erhöhen und zu vermeiden, dass diese Leuchtmittel im normalen Hausmüll landen würden. Man sei damit einverstanden, den Antrag zur Detailklärung an den Werksausschuss zu überweisen. In vielen Kreisen gäbe es bereits spezielle Sammelbehälter, in Nordrhein-Westfalen sogar in kommunalen Einrichtungen und Bürgerbüros.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit im Internet wünsche man sich eine zusätzliche Seite mit Tipps und Informationen rund um das Thema Abfall, ähnlich dem jährlich erscheinenden Abfallkalender des Kreises oder den Informationen in der Umweltzeitung. Auf der Internetseite des Landkreises Mainz-Bingen fände man beispielsweise ein Abfall-ABC, in dem man schnell und prägnant wichtige Hinweise fände. Im Übrigen regte sie an, die gesamte Internetseite des Kreises zu überarbeiten.

**Landrat Görisch** wies darauf hin, dass bereits Stellen zur Entsorgung von Energiesparlampen eingerichtet worden seien. Die Informationen des Abfallwirtschaftsbetriebes auf der Kreisseite seien zeitgemäß und aktuell. Näheres hierzu könne man im Werksausschuss nochmals besprechen.

**Kreistagsmitglied Dr. Maak (FDP)** teilt mit, dass seine Fraktion ebenfalls einverstanden sei, den Antrag an den Werksausschuss zu überweisen. Das Elektroaltgerätegesetz, zudem die Energiesparlampen gehören, verpflichte seit 2006 bereits die Hersteller zur freiwilligen Rücknahme der Energiesparlampen. Die Hersteller hätten dazu eine eigene, nicht gewinnorientierte gemeinsame Stelle eingerichtet, die flächendeckend in der gesamten Bundesrepublik eine Rücknahme der Energiesparlampen organisiere. Inzwischen seien bundesweit 2200 Sammelstellen eingerichtet worden. Zudem gäbe es Angebote an Handel und Vertrieb, diese jeweiligen Sammelstellen in den Geschäften kostenfrei einzurichten. Aufgrund dessen bestehe kein politischer Handlungsbedarf. Der Hinweis, die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren, werde von ihm unterstützt.

**Kreistagsmitglied Sippel (SPD)** informierte, dass auch die SPD-Kreistagsfraktion diesen Antrag unterstütze. Die Rücklaufquote sei in Deutschland wesentlich geringer als in anderen Ländern, deshalb sehe man hier auch Handlungsbedarf.

**Beschluss:**

Der Kreistag verweist die Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.08.2010 an den Werksausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

<b>Tagesordnungspunkt: 4</b>	<b>Drucksachennummer: 151/2010</b>
------------------------------	------------------------------------

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.05.2010  
„Künftige Raumplanung in kreiseigenen Mensen“  
- Beschlussfassung

**Vorlagetext:**

*Anlage 5 der Originalniederschrift:*

*Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen*

Die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat am 12.05.2010 den in der Anlage beigefügten Antrag (Reg.-Nr.: AT/2/2010 (09-14)) gestellt. Danach soll bei der künftigen Raumplanung in kreiseigenen Mensen sichergestellt werden, dass die einzurichtenden Küchen zu einer von Tiefkühlware unabhängigen, selbständigen Zubereitung der Mittagsverpflegung genutzt werden können und hierbei insbesondere vorzugsweise frische Lebensmittel aus der Region verarbeitet werden. Die Einrichtung sog. Wärme- und Spülküchen wird kritisch bewertet.

Die Verwaltung empfiehlt, diesen Antrag im Zusammenhang mit der Vorstellung der endgültigen Planung des Ganztagsschulgebäudes für die Alzeyer Gymnasien (einschließlich Kostenübersicht) in der Sitzung des Kreisausschusses am 25.10.2010 zu behandeln.

**Fraktionsvorsitzende Kolb-Noack (Bündnis 90/Die Grünen)** teilt mit, dass in Zukunft zertifiziertes Essen nach den Grundsätzen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung angeboten werden solle. Das zuständige Ministerium und die Vernetzungsstellen würden immer wieder betonen, dass in den Schulen der richtige Umgang mit Lebensmitteln erlernt werden müsse. Des Weiteren lege das Bundesministerium für Ernährung und Verbraucherschutz die Qualitätsstandards für Schulverpflegung fest. Außerdem sollten regionale Produkte zubereitet werden, da sie umweltverträglich und gesund seien. Die regionale Gastronomie solle mit einbezogen werden. In Osthofen gäbe es ein sehr erfolgreiches Modell. In den bisher gebauten Mensen im Landkreis könne Essen nur aufgewärmt werden. Da die Sitzungsvorlage nicht dem Sinn des Originalantrags entspreche, stellte sie den Antrag, über den Originalantrag abzustimmen und nicht über diese Sitzungsvorlage.

**Landrat Görisch** wies darauf hin, dass in den Mensen Tiefkühlkost aufgewärmt werde. Bisher seien diese Vergaben immer auf Basis einer Ausschreibung erfolgt, sodass in der Regel das wirtschaftlichste Angebot gewählt worden sei. Es sei zu beachten, dass die Kosten, die insgesamt bei der Versorgung in der Mensa entstünden, nicht auf die Schüler umgelegt werden können. Der derzeitige Essensbeitrag läge bei 2,70 € Der Landkreis müsse pro Essen mehr als einen Euro zusätzlich aufbringen.

Sollte der Kreis finanziell in der Lage sein, höherwertiges Essen anzubieten, könne dies in den entsprechenden Gremien beschlossen werden. Bisher habe man sich an den Vorgaben des Bundesministeriums orientiert. Danach sei ein ausgewogenes Essen, das auch kindgerecht sei, zu verabreichen. Die Verwaltung schlage vor, die Überlegungen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bereich der Essensversorgung bei den endgültigen Raumplanungen für die Mensa der Gymnasien mit einzubeziehen. In der derzeitigen Planung sei bisher nur eine Ausgabeküche, aber keine Kochküche vorgesehen. Auch bei den weiteren Ausschreibungen könne man neue Vorgaben machen, wenn dies die Mehrheit der Gremien beschließen.

**Kreistagsmitglied Anklam-Trapp (SPD)** vertrat die Auffassung, dass man sich keine Eventualitäten leisten könne. Dem Vorschlag der Verwaltung, den Antrag am 25.10.2010 nochmals im Kreisausschuss zu behandeln, könne sich die SPD-Kreistagsfraktion nur anschließen.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, den o. g. Antrag im Zusammenhang mit der Vorstellung der endgültigen Planung des Ganztagschulgebäudes für die Alzeyer Gymnasien im Kreisausschuss am 25.10.2010 zu behandeln.

**Abstimmungsergebnis:**

35 Ja 3 Nein

**Form der Abstimmung:**

Offen

**Tagesordnungspunkt: 5**

**Drucksachennummer: 104/2010/1**

„Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen für Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen im Landkreis Alzey-Worms vom 07.10.2005, in der geänderten Fassung vom 25.09.2007“;

Aussetzen der Anwendung

- Beschlussfassung

**Vorlagentext:**

Der Landkreis Alzey-Worms fördert durch Zuschüsse Sport- und Freizeitanlagen sowie Kinderspielplätze im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Eine Zuschussgewährung setzt demgemäß die Leistungsfähigkeit des Landkreises voraus. Die Anträge auf Gewährung einer Zuwendung sind immer bis zum 31. August des laufenden Haushaltsjahres für eine im darauffolgenden Jahr beabsichtigte Maßnahme einzureichen.

Nach den zurzeit gültigen Förderrichtlinien in der geänderten Fassung vom 25.09.2007 müssen sich die Maßnahmen an einschlägige Planungsvorgaben halten. Die Richtlinien sehen eine Kreisförderung in Höhe von 10 v.H. der zuwendungsfähigen Kosten, höchstens jedoch 50.000 € vor.

Wegen der momentan defizitären Haushalts- und Finanzlage und der nicht gegebenen dauernden Leistungsfähigkeit des Landkreises Alzey-Worms hat die ADD Trier im Rahmen ihrer Haushaltsverfügung für das Haushaltsjahr 2010 festgestellt, dass Kredite nur zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen aufgenommen werden dürfen. Diese Kreditermächtigung gilt demnach nicht für freiwillige Leistungen im Bereich der Sportförderung.

Aus Gründen des Vertrauensschutzes schlägt die Verwaltung gleichwohl vor, solche Maßnahmen noch zu fördern, bei denen die Gewährung eines Kreiszuschusses Bestandteil der von dem Antragsteller vorgelegten Finanzierung und damit Grundlage der im Jahre 2009 bewilligten Landeszuwendung war („Altfälle“). Die entsprechenden Haushaltsmittel wurden im Haushalt für das Jahr 2010 bereits eingestellt.

Anträge, für die bis zum Jahr 2009 weder von Landes- noch von Kreisseite Bewilligungen ausgesprochen wurden, können dagegen keine Berücksichtigung mehr finden („Neu-Fälle“). Dem Kreistag wird deshalb empfohlen, die „Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen“ bis auf weiteres auszusetzen.

Wie der Sportausschuss am 19.05.2010 so hat auch der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 29.06.2010 einstimmig einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst.

**Kreistagsmitglied Acker (NPD)** merkte an, dass hier an der falschen Stelle „der Rotstift“ angesetzt werde.

**Kreistagsmitglied Sippel (SPD)** führte aus, dass der Kreis im Sportstättenbau die letzten Jahre sehr gut vorangekommen sei. Hier sei mit Kreiszuschüssen ein großer Beitrag geleistet worden. Nun müsse eine Maßgabe der ADD ausgeführt werden, die rechtlich nicht zu beanstanden sei. Man hoffe, dass es nur bei der Aussetzung der Richtlinien bleibe. Man gehe davon aus, dass bei wichtigen Vorhaben weiterhin Zuschüsse des Landes gewährt würden.

**Kreistagsmitglied Hinkel (FWG)** bedauerte, dass man freiwillige Leistungen streichen müsse. Jedoch würde die FWG-Kreistagsfraktion der Verwaltungsvorlage zustimmen.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, die „Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen für Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen im Landkreis Alzey-Worms“ bis zur Konsolidierung der Haushaltslage des Landkreises auszusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

36 Ja 1 Nein 1 Enthaltung

**Form der Abstimmung:**

Offen

**Tagesordnungspunkt: 6**

**Drucksachenummer: 105/2010/1**

Neufassung des Sportstättenrahmenleitplanes für den Landkreis Alzey-Worms  
- Beschlussfassung

**Vorlagentext:**

Die letzte Fortschreibung des zurzeit gültigen Sportstättenrahmenleitplanes für den Landkreis Alzey-Worms wurde durch den Kreistag am 17.12.1999 beschlossen. Der Sportstättenrahmenleitplan ist Grundlage für die Platzierungen auf der Prioritätenliste zur Gewährung von Landeszuschüssen sowie zur Gewährung von Kreiszuschüssen. Nach § 8 der Landesverordnung zur Erstellung der Sportstätten-Rahmenleitpläne und Sportstätten-Leitpläne (Sportstätten-Planungs-Verordnung) soll bei Bedarf der Sportstättenrahmenleitplan fortgeschrieben werden. In der Regel soll der Plan nach 5 Jahren überprüft werden.

In den vergangenen drei Jahren erfolgte eine detaillierte Bestandsaufnahme der Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen in den Städten und Verbandsgemeinden des Landkreises Alzey-Worms. In Abstimmung mit dem Bauamt wurden der Bauzustand und der sportliche Nutzungswert im Hinblick auf die zukünftige Verwendbarkeit der jeweiligen Anlage kritisch bewertet, die neuesten Einwohner- und Klassenzahlen (Stand 30.06.2009 bzw. 01.10.2009) wurden eingearbeitet und die daraus resultierende Bedarfsberechnung vorgenommen.

Hinsichtlich der Vereine und deren Aktivitäten wurde der Landessportbund in die Überprüfung mit einbezogen. Die Städte und Verbandsgemeinden erhielten zum Abgleich Auszüge des sie betreffenden Planungsraumes. Von dort zwischenzeitlich erhaltene Aktualisierungen wurden in den Plan eingearbeitet.

Jede der im Kreistag vertretenen Parteien erhielt ein Exemplar. Des Weiteren ist der Entwurf auf der Homepage des Landkreises Alzey-Worms unter [www.kreis-alzey-worms.de](http://www.kreis-alzey-worms.de) > Landkreis > Schulen > Sportstättenrahmenleitplan einzusehen.

**Landrat Görisch** informierte, dass eine Förderung aufgrund der finanziellen Ausstattung des Kreises nicht mehr möglich sei. Da es sich um eine freiwillige Förderung handele, dürfe man diese wegen der Finanzlage nicht mehr fortführen. Mit dem Sportstättenrahmenleitplan sei bereits eine Basis für künftige Maßnahmen geschaffen worden. Auf dieser Basis wolle man neue Förderanträge auf den Weg bringen. Des Weiteren stellt er fest, dass zum Stichtag 172 Vereine mit 56.444 Mitgliedern im Kreis gezählt worden seien. Dies sei ein neuer Höchststand.

**Kreistagsmitglied Sippel (SPD)** führte aus, dass man gute Rahmenbedingungen für den Sport schaffen müsse, um diesen zu erhalten und weiter auszubauen. Erfreulich sei, dass der Plan keinen Sanierungsstau größeren Ausmaßes beinhalte. Im Bereich der Spielplätze werde deutlich, dass eine Neukonzeption in manchen Gemeinden erforderlich sei. Es gäbe zwar zentrale Spielplätze, jedoch würden Nachbarschaftsspielplätze fehlen.

#### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, der Neufassung des Sportstättenrahmenleitplanes für den Landkreis Alzey-Worms zuzustimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

#### **Form der Abstimmung:**

Offen

<b>Tagesordnungspunkt: 7</b>	<b>Drucksachenummer: 106/2010/1</b>
------------------------------	-------------------------------------

Änderung der Regelung über die Erhebung von Teilnahmebeträgen der Kreisvolkshochschule Alzey-Worms  
- Beschlussfassung

#### **Vorlagentext:**

Der in der Kreistagssitzung vom 01.06.2010 behandelte TOP „Änderung der Regelung über die Erhebung von Teilnahmebeiträgen der Kreisvolkshochschule Alzey-Worms“ wurde von der Tagesordnung abgesetzt und zur erneuten Beratung an den Kreisausschuss verwiesen. Der Begriff „Arbeitslose“ sollte durch den vorgeschlagenen Terminus „Empfänger/innen von Arbeitslosengeld II oder vergleichbaren Leistungen, oder mit diesen Personen in Bedarfsgemeinschaft Lebende“ ersetzt werden. Damit jedoch auch Beziehende von Arbeitslosengeld I weiterhin von der Ermäßigung profitieren können, wurde angeregt, dies auch explizit in die Regelung mit aufzunehmen.

Der überarbeitete Vorschlag lautet nunmehr: „Empfänger/innen von Arbeitslosengeld I (SGB III), Arbeitslosengeld II (SGB II) oder vergleichbaren Leistungen, oder mit diesen Personen in Bedarfsgemeinschaft Lebende“. Somit wird ausdrücklich geregelt, dass beide Gruppen von der Ermäßigung profitieren. (Hinweis: Im Jahr 2009 erhielten insgesamt 17 Personen eine Ermäßigung.)

Gleichfalls wird erneut empfohlen, den Ermäßigungstatbestand auf Kurse zur „Qualifizierung für das Berufsleben“ auszuweiten (vorher: „ zur Wiedereingliederung in das Berufsleben“), wodurch auch diejenigen Personen die Ermäßigung in Anspruch nehmen können, die bisher noch nicht in einem Arbeitsverhältnis gestanden haben (u. a. in einer Bedarfsgemeinschaft lebende Schüler/innen). Zu den Kursen für die „Qualifizierung für das Berufsleben“ gehören z. B. Sprachkurse, EDV-Kurse, Tastschreibkurse, betriebswirtschaftliche Kurse und Rhetorikkurse.

Weiterhin soll eine Ergänzung der Regelung unter Punkt 4.7 erfolgen: Durch die Auflösung der Stiftung für Weiterbildung und Kultur und die organisatorische und haushaltstechnische Eingliederung in den Landkreis, ist es sinnvoll, die Zahlungsüberwachung der Teilnahmebeiträge – wie bei allen Abteilungen der Kreisverwaltung üblich - auf die Kreiskasse zu übertragen. Dadurch können langwierige Mahnverfahren über das Amtsgericht Mayen vermieden werden. Im Falle einer Vollstreckung kann der Vollstreckungsdienst der Kreiskasse tätig werden. Die anfallenden Kosten sind (ebenso wie im privatrechtlichen Mahnverfahren) von den Schuldnern zu tragen.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 29.06.2010 über die Änderungen der Regelung beraten und dem Kreistag empfohlen, diese in der vorliegenden Form zu beschließen.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, die Änderungen der „Regelung über die Erhebung von Teilnahmebeiträgen der Kreisvolkshochschule Alzey-Worms“.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

*Anlage 6 der Originalniederschrift:*

*Regelung über die Erhebung von Teilnahmebeiträgen der Kreisvolkshochschule Alzey-Worms*

<b>Tagesordnungspunkt: 8</b>	<b>Drucksachenummer: 152/2010</b>
------------------------------	-----------------------------------

K 35/K 37-Ortsdurchfahrt Mörstadt - Pflastersanierung  
Auftragsvergabe  
-Beschlussfassung

**Vorlagentext:**

Der Ausbau der Ortsdurchfahrt Mörstadt erfolgte im Jahr 1989 mit einem Betonsteinpflaster auf einer Länge von rund 1.300 Metern. Nachdem der Pflasterbelag über 20 Jahre gehalten hat, sind insbesondere vor den Einmündungen und im Kurvenbereich erhebliche Schäden entstanden, die sich zu Gefahrstellen entwickelt haben und einer dringenden Sanierung bedürfen, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Mit der öffentlichen Ausschreibung wurde der Landesbetrieb Mobilität Worms beauftragt.

Die Leistungen der Bauarbeiten wurden nach öffentlicher Ausschreibung von drei Firmen angefordert. Zur Submission legten drei Bieter ein Angebot vor.

Die Submission ergab, dass die Firma Azmet GmbH, Albig, das nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten annehmbarste Angebot mit 34.557,60 € abgegeben hat.

Die Prüfung der drei Angebote hatte folgendes Ergebnis:

1. Firma Azmet, Albig	34.557,60 €
2. Firma Schmidt Tiefbau, Worms	48.359,22 €
3. Fima Berges Bau, Osthofen	79.381,93 €

Dem Kreistag wird deshalb empfohlen, die Firma Azmet mit der Durchführung der Bauarbeiten zu beauftragen.

Die Ausführung der Pflastersanierung wird ca. eine Woche dauern und soll unter partieller Vollsperrung voraussichtlich ab 27.09.2010 erfolgen.

**Beschluss:**

Der Kreistag stimmt der Vergabe der oben genannten Baumaßnahme an die Firma Azmet GmbH, Albig, zum Angebotspreis von 34.557,60 € zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Form der Abstimmung:**

Offen

**Tagesordnungspunkt: 9**

**Drucksachennummer:**

Mitteilungen und Anfragen

**Inhalt der Mitteilung:**

Gemäß § 21 GemHVO ist nach den örtlichen Bedürfnissen, in der Regel jedoch halbjährlich, während des Haushaltsjahres über den Stand des Haushaltsvollzugs hinsichtlich der Erreichung der Finanz- und Leistungsziele zu unterrichten.

Der Zwischenbericht des Landkreises Alzey-Worms zum 30. Juni 2010 wurde auf der Grundlage der §§ 19 und 21 GemHVO erstellt. Er dient zum Nachweis der Überwachung der Inanspruchnahme der Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen sowie der bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 19 GemHVO. Weiterhin ist er Grundlage für die Entscheidung ob es erforderlich ist eine Nachtragshaushaltssatzung zu erlassen.

Für Investitionen werden voraussichtlich 133 T€ weniger benötigt, als veranschlagt. In der Ergebnisrechnung wird mit einer Verminderung des Jahresfehlbetrages um 112 T € gerechnet, in der Finanzrechnung mit einer Verminderung des Finanzmittelfehlbesandes um 380 T €. Hierbei wurde jeweils die wahrscheinliche Reduzierung der Aufwendungen und Ausgaben für den Bauunterhalt noch nicht berücksichtigt.

Die Voraussetzungen für den Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung gemäß § 98 GemO liegen nicht vor.

**Landrat Görisch** merkte an, dass man die Haushaltsgenehmigung für das Jahr 2010 im März erhalten. Auflage sei eine Einsparung von einer Million Euro gewesen. Zwischenzeitlich habe man die Möglichkeiten geprüft, dieser Forderung nachzukommen. Es sei vorgesehen, bei der nächsten Kreisausschusssitzung im Oktober eine Einsparliste vorzustellen. Bei der Sitzung im November wolle man dann einen entsprechenden Beschluss im Kreistag fassen.



**Fraktionsvorsitzender Dr. Tauscher (CDU)** erkundigt sich nach dem Stand der Straßensperrung zwischen Alzey-Heimersheim und Lonsheim, da dort ein großer Winzerbetrieb seinen Sitz habe und dies während der Traubenlese zu Verkehrsproblemen führen könnte. Dieses Problem gäbe es auch auf der Strecke zwischen Monsheim und Worms während der Zuckerrübenernte. **Landrat Görisch** teilt mit, dass die offizielle Freigabe der Straße zwischen Alzey-Heimersheim und Lonsheim für den 04. Oktober geplant sei.

Auf Anfrage von **Mitglied Conrad** erläutert **Landrat Görisch**, dass die Kreiszeitung sechs mal im Jahr erscheine. Die Finanzierung erfolge aus dem Budget, das der Abfallwirtschaftsbetrieb bisher für die Umweltzeitung vorhielt, da die bisherigen Artikel aus der Umweltzeitung weiterhin in der Kreiszeitung erscheinen würden. Die restlichen Kosten finanziere man aus allgemeinen Verwaltungsausgaben.

### Nichtöffentlicher Teil

**Tagesordnungspunkt: 10**

**Drucksachennummer: 142/2010/1**

Ersatzbeschaffung eines Traktors für die Gustav-Heinemann-Realschule plus  
Auftragsvergabe und Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe  
- Beschlussfassung

#### **Vorlagetext:**

Bei dem Traktor an der Gustav-Heinemann-Realschule plus (Hako 2700 DA, Baujahr 1990) wäre wegen Schäden an Lagern, Achse und Kupplung eine erneute Reparatur fällig gewesen. Die laut detailliertem Kostenvoranschlag zu erwartenden Instandsetzungskosten von mindestens 4.000 € stehen aufgrund des Alters und Gesamtzustands des Fahrzeugs in keinem Verhältnis zum Restwert, weitere umfangreiche Reparaturen sind zu erwarten.

Es ist daher für die Arbeiten auf dem Schulgelände (Grünflächen mähen, Schulhof und Straße kehren, Winterdienst) dringend der Einsatz eines neuen gleichwertigen Traktors erforderlich. Der Abschluss eines Leasingvertrages kommt nur für hochwertigere Schlepper in Betracht, da sich aus der Leasingrate für kleinere Traktoren ca. 5% Zinsen p.a. errechnen.

Die Freund Landmaschinen GmbH, Partenheim, hat nun im Rahmen einer Sonderaktion einen passenden Traktor Kubota B 2530 inkl. Frontkraftheber und Frontzapfwellengetriebe angeboten, der mit 23.472,75 € (inkl. MwSt. abzüglich Skonto) ca. 28% unter dem Listenpreis liegt. Dieser Preisnachlass lässt sich erfahrungsgemäß mit einer beschränkten Ausschreibung nicht erreichen. Eine Verschiebung der Maßnahme ins kommende Haushaltsjahr kommt nicht in Betracht, da insbesondere beim Winterdienst alle verfügbaren Fahrzeuge unbedingt parallel eingesetzt werden müssen.

Das ebenfalls 20 Jahre alte Mähwerk ist abgängig und kann nicht an den neuen Traktor angebaut werden. Hier hat die Fa. Freund ein hochwertiges Gebrauchtgerät Wiedenmann, 150cm, mit Mulchsatz, Baujahr 2007, zum Preis von 3.570 € angeboten (Verkaufspreis neu 5.083,92 €).

Die vorhandene Kehrmaschine ist hier ebenfalls nicht verwendbar, wird aber zwischenzeitlich beim Gymnasium am Römerkastell eingesetzt. Eine Kehrmaschine muss daher für die Gustav-Heinemann-Realschule plus neu angeschafft werden. Angeboten ist eine Wiedenmann Frontkehrmaschine 2350 inkl. Kehrgutbehälter und Seitenbesen mit 18% Nachlass für 4.464,29 € inkl. MwSt. abzüglich Skonto.

Die Ausstattung soll noch um einen Rauch Salzstreuer SA 121 ergänzt werden, der mit 18% Nachlass für 1.477,36 € inkl. MwSt. abzüglich Skonto angeboten wird. Das vorhandene Schneeschild wird weiter genutzt. Die separate Vergabe der Zubehöerteile ist wegen zusätzlicher Fracht- und Anbaukosten nicht zu empfehlen, auch sollten Wartungs- und Gewährleistungsarbeiten einheitlich durchgeführt werden können.

Aus den vorliegenden Angeboten ergibt sich ein Gesamtangebotspreis von 32.984,40 €

Dem Kreisausschuss hat in der Sitzung vom 07.09.2010 dem Kreistag die Auftragsvergabe und die damit verbundene Genehmigung der außerplanmäßigen Ausgabe empfohlen. Es wird daher dem Kreistag vorgeschlagen, den Auftrag zur Lieferung eines Traktors für die Gustav-Heinemann-Realschule plus mit Mähwerk, Kehrmaschine und Salzstreuer an die Fa. Freund, Partenheim, zum Angebotspreis von 32.984,40 € (inkl. MwSt. abzgl. Skonto) zu vergeben und die damit verbundene außerplanmäßige Ausgabe zu genehmigen.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, den Auftrag zur Lieferung eines Traktors für die Gustav-Heinemann-Realschule plus mit Mähwerk, Kehrmaschine und Salzstreuer an die Fa. Freund, Partenheim, zum Angebotspreis von 32.984,40 € (inkl. MwSt. abzgl. Skonto) zu vergeben und die damit verbundene außerplanmäßige Ausgabe zu genehmigen.

**Abstimmungsergebnis:**

39 Ja 1 Enthaltung

**Form der Abstimmung:**

Offen

<b>Tagesordnungspunkt: 11</b>	<b>Drucksachenummer: 153/2010</b>
-------------------------------	-----------------------------------

Personalangelegenheiten;  
Befristete Einstellung bei der Kreismusikschule  
- Beschlussfassung

**Vorlagentext:**

Aufgrund des Ausscheidens der Lehrkraft Bastian Hodapp bei der Kreismusikschule Alzey-Worms zum 30.09.2010 ist eine Teilzeitstelle im Fachbereich Gesang vakant. Die Stelle wurde öffentlich ausgeschrieben.

Aus dem Kreis der Bewerber/innen wird Frau Martina Reisner, geb. 08.07.1981, wohnhaft in Mannheim, zur Einstellung zum 01.10.2010 vorgeschlagen. Der Stundenumfang beläuft sich auf 15 Unterrichtsstunden pro Woche, wobei aufgrund Abmeldungen zum 30.09.2010 zunächst ein Arbeitsvertrag mit einer geringeren Stundenzahl abgeschlossen werden und eine sukzessive Aufstockung mit steigender Nachfrage bis maximal 15 Unterrichtsstunden pro Woche erfolgen soll. Die Einstellung erfolgt zunächst auf 2 Jahre befristet nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz.

Das Entgelt bestimmt sich nach Entgeltgruppe 9 TVöD. Der Kreistag wird um Zustimmung gebeten.

**Beschluss:**

Der Kreistag stimmt der Einstellung von Frau Martina Reisner aus Mannheim ab 01.10.2010 mit 15 Unterrichtsstunden pro Woche zu. Das Arbeitsverhältnis wird nach den Vorschriften des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) zunächst auf die Dauer von 2 Jahren abgeschlossen.

Das Entgelt errechnet sich aus der Entgeltgruppe 9 TVöD.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig

**Form der Abstimmung:**  
Offen

**Tagesordnungspunkt: 12**

**Drucksachennummer:**

### **Mitteilungen und Anfragen**

Auf Anfrage von **Kreistagsmitglied Acker** teilt **Landrat Görisch** mit, dass die Zuständigkeit für Obdachlosigkeit bei den Städten und Verbandsgemeinden liege.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Landrat Görisch** die Sitzung um 17.00 Uhr.

Ernst Walter Görisch  
Landrat

Nina Renz  
Schriftführerin